Hilden

Auszug aus der vorläufigen Niederschrift

Beschlussvorlage öffentlich		**SV-Nr.:WP 09-14 SV 51/190**
Betreff:	Abenteuerspielplatz a) Neufassung des Kontraktes b) Wechsel der Trägerschaft	

29.11.2012 Jugendhilfeausschuss TOP 6

Zunächst hatte sich Frau Kittel zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen erklärt.

Frau Lewe merkte an, dass die Berechnung wie aufgeführt so nicht stimmen könne und führte aus dass die umfangreiche ehrenamtliche Arbeit stärker berücksichtigt werden müsse, wie auch die Einrichtung der Außenanlagen. Weiter betonte sie, dass das Konzept seit über 40 Jahren bestünde und sehr gut funktioniere. Man wisse nicht, was bei einer Veränderung passiere.

Frau Reuter gab zu bedenken, dass hier umfangreiche ehrenamtliche Hilfe durch den Verein geleistet würde, die bei einer Veränderung in Zukunft ersetzt werden müsste. Der Verein habe hier hervorragende Arbeit geleistet und sie sehe keine Veranlassung dafür, die Trägerschaft zu wechseln.

Frau Niederquell bat um die Aufnahme eines weiteren Alternativvorschlags mit dem Inhalt, dass die Stadt Hilden die Aufgaben übernehmen solle.

Herr Dr. Lipski teilte mit, dass es die bekannten Prüfaufträge bereits seit 2005 gäbe. Seit dem würden mit allen Beteiligten umfangreiche Gespräche geführt. Im Ergebnis würde seine Fraktion dem Alternativvorschlag b) zustimmen. Herr Bosbach führte aus, dass die SPD-Fraktion sich gegen einen Trägerwechsel ausgesprochen habe. Der Abenteuerspielplatz sei ein gewachsenes Konzept. Er sei eine Institution und für diesen Stadtteil aber auch darüber hinaus sehr wichtig. Es sei zudem wichtig, dass die Menschen, die dort arbeiteten auch für die Kinder da seien. Es sei sicherlich so, dass auch ein anderer Träger in der Lage wäre, dort gute Arbeit zu leisten aber wieso solle man etwas gut funktionierendes in eine neue Trägerschaft geben. Die Freizeitgemeinschaft sei nun neu aufgestellt und deshalb falle die Entscheidung zu ihren Gunsten. Herr Burchartz ergänzte, dass er das Argument, dass man nicht wisse, was auf uns zukommt so nicht stehen lassen wolle. Es gäbe sicherlich Gründe es so zu lassen, wie es sei, aber dass die Jugendwerkstatt dazu nicht in der Lage wolle er nicht gelten lassen.

Herr Hennes sprach sich grundsätzlich gegen eine städtische Trägerschaft unter Berücksichtigung des Subsidaritätsprinzipes aus.

Frau Gronemeyer ergänzte weiter, dass die Überlegungen hin zu einer neuen Trägerschaft viel Bewegung in die Hildener Landschaft gebracht hätten. Hierbei habe man auch erkennen müssen, wie hoch die Belastungen für ehrenamtliche Vorstände wirklich seien. Sie brachte zum Ausdruck, dass sie sich für die Zukunft ein noch transparenteres Vorgehen wünsche. Zudem hätte sie sich auch eine kürzere Laufzeit des Kontraktes vorstellen können. Auch wünschte sie sich, dass das Thema Inklusion stärker in allen Bereichen Berücksichtigung finden würde. Ihre Fraktion werde für die Erhaltung der

Trägerschaft stimmen.

Herr Vors. Schneller bemerkte, dass diese Ausführungen sicherlich in Richtung Verein gedacht wären und nicht an die Stadt Hilden gerichtet seien. Dem stimmte Frau Gronemeyer zu.

Sodann ließ Herr Vorsitzender Schneller zuerst über Alternative a) abstimmen

Nachdem diese Alternative mehrheitlich beschlossen wurde, war die Abstimmung über die weiteren Alternativvorschläge (Buchstabe b) und Antrag Frau Niederquell) entbehrlich.

Beschlussvorschlag:

Nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss beschließt der Rat der Stadt, die Verwaltung zu beauftragen:

a) den Betrieb des Abenteuerspielplatzes durch die Freizeitgemeinschaft für Behinderte und Nichtbehinderte auf der Grundlage der vorgelegten neuen Vereinbarung fortzusetzen

   oder

b) die aktuelle Vereinbarung zum Betrieb des Abenteuerspielplatzes mit der Freizeitgemeinschaft zu kündigen und in Zusammenarbeit mit der Freizeitgemeinschaft die Übernahme des Betriebes einschließlich der dort beschäftigten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen durch die Gemeinnützige Jugendwerkstatt Hilden vorzubereiten. Eine entsprechende vertragliche Vereinbarung ist dem Jugendhilfeausschuss und nachfolgend dem Rat der Stadt zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

<u>Abstimmungsergebnis zu Buchstabe a):</u>
Mehrheitlich beschlossen
12 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen (CDU, dUH), befangen 1 (Frau Kittel)